

Die verzögerte Reform der Bundeswehr

Ein unausgesprochenes Stillhalteabkommen der Koalitionäre verhindert die Neubestimmung der Verteidigungspolitik

Eine alte Dachdecker-Regel lautet: Den First deckt man, wenn die Sonne scheint! Diese Erkenntnis gilt im Grundsatz auch für das politische Geschäft. Die Große Koalition in Berlin funktioniert allerdings nach anderen Regeln.

Dies gilt insbesondere für die Verteidigungspolitik: Schließlich war der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Peter Struck, vormals Verteidigungsminister der rot-grünen Bundesregierung. Und in einer Großen Koalition ist der Fraktionsvorsitzende des nahezu gleichgroßen Koalitionspartners ein politisches Schwergewicht. Ihm gegenüber steht der christdemokratische Verteidigungsminister Franz Josef Jung, ein Neuling auf der Berliner Bühne und in erster Linie reitender Bote für den hessischen CDU-Vorsitzenden Roland Koch.

Unter den Linden ist es ein offenes Geheimnis, dass es bei der Verteidigungspolitik ein unausgesprochenes Stillhalteabkommen zwischen den Koalitionspartnern gibt. Will sagen: Die Christdemokraten ändern die große Linie, vorgegeben von Struck, nicht - dies gilt auch für das Schlüsselpersonal.

Im Gegenzug muss der Neue im Verteidigungsministerium nicht mit Gegenwind des Koalitionspartners rechnen. In der Personalpolitik wird

dies deutlich: So ist der Hauptabteilungsleiter Rüstung, der aus seiner SPD-Nähe nie ein Hehl gemacht hat, im Frühjahr 2007 in den Ruhestand getreten. Der für Haushalt und Rüstung zuständige Staatssekretär im Verteidigungsministerium scheidet Ende 2007 regulär aus. Er war von Struck aus der Bundestagsverwaltung in das Ministerium berufen worden. Mit anderen Worten: Der christdemokratische Minister besetzt wichtige Schlüsselpositionen erst in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode neu.

Der Generalinspekteur, höchster Soldat und militärischer Berater der Bundesregierung, ist erst vor kurzem um ein Jahr bis Mitte 2009 verlängert worden. Er wird bis zum Ende der Legislaturperiode Ende 2009 amtierend. Es bleibt somit der neuen Bundesregierung vorbehalten, 2010 einen neuen Generalinspekteur zu ernennen. Bekanntlich hat General Schneiderhan seit 2002 als Generalinspekteur den Verteidigungsministern Scharping, Struck und Jung gedient.

In der Bundeshauptstadt gilt als sicher, dass Struck weiterhin über gute Drähte in das Verteidigungsministerium hinein verfügt. Gegen Struck und grundsätzliche SPD-Interessen ist in der Großen Koalition auch deshalb keine Verteidigungspolitik zu machen

Und damit sind wir wieder beim Decken des Daches, wenn die Sonne scheint. Es wäre jetzt an der Zeit, darin sind sich alle Experten einig, den „eigentlichen Geschäftszweck“ der Bundeswehr neu zu bestimmen. Dies hat Konsequenzen für die Struktur der Streitkräfte, einschließlich der Standorte. Schließlich muss die



HEINZ SCHULTE

ist Chefredakteur der GRIEPHAN-Briefe, Informationen zur Sicherheit.

Frage nach der Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht angesichts des dramatischen demografischen Wandels und der Tatsache, dass Grundwehrdienst Leistende nicht in Einsätze befohlen werden können, politisch belastbar beantwortet werden.

Aber genau dies wird die Große Koalition angesichts des oben beschriebenen Stillhalteabkommens auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht leisten. Verteidigungsminister und Generalinspekteur sind daran interessiert, die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl ohne größere Schäden zu meistern.

Erst der neue Verteidigungsminister und der neue Generalinspekteur werden 2010 die notwendige Bestandsaufnahme der Bundeswehr vornehmen (müssen), die dann frühestens 2012 umgesetzt werden kann.

Dies führt zu der kritischen Frage, ob die Realität der Bundeswehr-Einsätze es zulässt, bis 2010 abzuwarten. Die Präsenz deutscher Soldaten in Afghanistan und die Anforderungen, die sich daraus für die Modernisierung der deutschen Streitkräfte ergeben, könnten zum Sprengsatz für das Stillhalteabkommen der Großen Koalition werden!

Und die Sozialdemokraten haben sich mit ihrer jüngsten Kehrtwende bei der allgemeinen Wehrpflicht („... künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereiterklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.“) für den Wahlkampf 2009 und die Bestandsaufnahme 2010 positioniert. Mit anderen Worten: Das Stillhalteabkommen gilt für die Zeit der Großen Koalition, nicht danach! Die Christdemokraten sind auf dem falschen Fuß erwisch worden; der Hinweis auf Koalitionsvertrag und Weißbuch hilft nicht weiter. Dabei gibt es eine Option, die von der Weizsäcker-Kommission bereits 2000 in die politische Diskussion eingebracht worden ist:

„Die Kommission empfiehlt, einen Grundwehrdienst von zehn Monaten beizubehalten und die Einberufung von Grundwehrdienstleistenden künftig am kleiner gewordenen Bedarf der Streitkräfte auszurichten. In der Praxis bedeutet dies einen Auswahl-Wehrdienst. Wer diesen Dienst leistet, soll dafür eine höhere Kompensation erhalten.“ Dem damaligen Verteidigungsminister Scharping fehlte die (intellektuelle) Kraft, die richtungweisenden Empfehlungen der überparteilichen Weizsäcker-Kommission aufzugreifen. Es gibt aber keinen Grund, warum die jetzige politische Führung im Bendlerblock nicht bei Weizsäcker nachschlägt.

Es wird wohl eher so kommen, dass sich bis zum Ende der Legislaturperiode in der Frage nach der optimalen Struktur der Bundeswehr zur Erfüllung des neuen Geschäftszwecks („Armee im Einsatz“) nichts tut. Die Kräfte des Beharrens sind zu groß. Eine dramatische Entwicklung in Afghanistan und die entsprechende innenpolitische Debatte können dieser Strategie jedoch einen Strich durch die Rechnung machen. Der neue Kurs der SPD bei der allgemeinen Wehrpflicht zeigt, dass die Partei das verteidigungspolitische Dach 2009/2010 neu decken will.

gastautor@handelsblatt.com